



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Januar 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

B 102 Umwandlung der Realkorporation Mettmenschongau in eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft; Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Für die Staatspolitische Kommission (SPK) spricht Kommissionspräsident Daniel Gasser.
Daniel Gasser: Ich nehme sowohl zur Botschaft B 102 als auch zur Botschaft B 103 Stellung. Die beiden Botschaften beinhalten die Umwandlung von Korporationen in öffentlich-rechtliche Genossenschaften. Die SPK hat die beiden Botschaften an ihrer Sitzung vom 10. Januar 2018 behandelt. Die Kommission hat einstimmig Eintreten beschlossen und beiden Botschaften mit 12 zu 0 Stimmen zugestimmt. Gemäss dem neuen Korporationsgesetz aus dem Jahr 2013 bedürfen Umwandlungen, Aufhebungen und Vereinigungen von Korporationen der Genehmigung durch den Kantonsrat. Wie bereits öfters geschehen, wird eine Korporation in eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft umgewandelt. Dies führt zu Vereinfachungen bei den formellen Anforderungen. Diese Umwandlung ist möglich für Korporationen, bei denen der Organisationsaufwand und das Korporationsvermögen in einem offensichtlichen Missverhältnis stehen, was bei beiden Realkorporationen der Fall ist. Da die Stimmberechtigten beider Korporationen der Umwandlung bereits zugestimmt haben, geht es heute lediglich um die Genehmigung durch den Kantonsrat. Die SPK hat beschlossen, keine Medienmitteilung abzusetzen und auf Fraktionssprecher zu verzichten.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Der SPK-Präsident hat bereits das Wichtigste erklärt. Es gibt noch einige wenige solcher kleiner Korporationen, die in Form einer Genossenschaft ihre Tätigkeit weiterführen. Ich bitte Sie, den beiden Botschaften B 102 und B 103 zuzustimmen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der Umwandlung der Realkorporation Mettmenschongau in eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 99 zu 0 Stimmen zu.